

Deutschland übernimmt 138 Afghanen: Flüge trotz heftiger Kritik!

Am 16. April 2025 landete ein Flugzeug in Leipzig, das 138 afghanische Flüchtlinge mit humanitären Aufnahmezusagen brachte.



Leipzig, Deutschland - Am Mittwochabend landete ein von der deutschen Bundesregierung gechartertes Flugzeug am Flughafen Leipzig/Halle und brachte 138 lebensbedrohlich gefährdete Menschen aus Afghanistan nach Deutschland. Unter den Neuankömmlingen befinden sich 45 Kinder und Jugendliche, die rechtlich verbindliche Aufnahmezusagen im Rahmen verschiedener Programme erhalten hatten. Der Flug startete in Islamabad und ist Teil eines fortlaufenden Bundesaufnahmeprogramms, das als Reaktion auf die Machtübernahme der Taliban im Sommer 2021 ins Leben gerufen wurde. Bislang erwartet Deutschland, bis zu 1.000 Afghanen pro Monat aufzunehmen und hat seit Beginn des Programms bereits etwa 1.400 Afghanen aufgenommen.

Insgesamt befinden sich rund 2.600 gefährdete Afghanen in Pakistan, die auf ihre Aufnahme in Deutschland warten. Diese Personen sind häufig ehemalige Ortskräfte deutscher Institutionen oder Menschen, die vor der Taliban-Herrschaft fliehen mussten. Das Auswärtige Amt bemüht sich, die Rechte dieser Afghanen wahren, insbesondere in Anbetracht der aktuellen Sicherheitslage, da Pakistan begonnen hat, eine neue Welle von Abschiebungen afghanischer Geflüchteter einzuleiten. Von Seiten der Bundesregierung wird jedoch keine neuen Aufnahmezusagen erteilt, da die Sicherheit in der Region als oberste Priorität gilt. Im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien, CDU, CSU und SPD, ist festgelegt, dass freiwillige Bundesaufnahmeprogramme beendet werden sollen, was zu kritischen Diskussionen führt.

Kritik und Kontroversen

Die Politik rund um den Flügen für gefährdete Afghanen wird von der Union, insbesondere der CDU, scharf kritisiert. Jens Spahn, Vize der Unionsfraktion, äußerte sich negativ zu den laufenden Flügen, während Sachsens Innenminister Armin Schuster die Aktionen von Außenministerin Annalena Baerbock als „infam und vollkommen verbohrt“ bezeichnete. Ministerpräsident Michael Kretschmer warf der Bundesregierung vor, die Meinungen in Deutschland zu missachten. Im Gegensatz dazu verteidigte die Grünen-Fraktionschefin Britta Haßelmann die humanitäre Verantwortung Deutschlands und stellte klar, dass die Aufnahme von Afghanen als Pflicht angesehen werden sollte.

Die afghanischen Geflüchteten in Pakistan schildern oft schwierige Bedingungen und lange Wartezeiten in den Gästehäusern. Viele Familien sind gezwungen, hohe Visa-Gebühren zu bezahlen, was zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung führt. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärte, dass die Aufnahmen nach klaren Kriterien in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden erfolgen und weitere Flüge sind für den 23. und 29. April geplant.

Die Lage afghanischer Flüchtlinge in Deutschland

Afghanistan zählt zu den Ländern mit den meisten Geflüchteten in Deutschland. Aufgrund der politischen Unruhen und der späteren Machtübernahme durch die Taliban ist die Zahl der Asylanträge afghanischer Staatsbürger seit 2021 erheblich gestiegen. Im Jahr 2024 stellten 34.149 Afghan*innen erstmals einen Asylantrag in Deutschland. Laut aktuellen Statistiken leben zum Ende des Jahres 2023 etwa 476.000 Menschen mit Einwanderungsgeschichte aus Afghanistan in Deutschland. Davon sind rund 322.600 Schutzsuchende, wobei die Mehrheit männlich ist und ein beträchtlicher Anteil minderjährig ist.

Zusammenfassend zeigt die gegenwärtige Situation der afghanischen Flüchtlinge in Deutschland sowohl die humanitäre Verantwortung als auch die politischen Spannungen, die mit der Aufnahme gefährdeter Personen verbunden sind. Während das Bundesaufnahmeprogramm weiterhin besteht, bleibt die Zukunft der Aufnahmeprogramme unter dem neuen politischen Klima ungewiss.

Weitere Details zur Situation afghanischer Flüchtlinge finden Sie bei **oe24**, **Tagesschau** und **Mediendienst Integration**.

Details	
Vorfall	Migration
Ort	Leipzig, Deutschland
Quellen	• www.oe24.at • www.tagesschau.de • mediendienst-integration.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at